## Südschleswigscher Wählerverband



Pressemitteilung Kiel, 22.10.2025

## Meeresvisualisierungszentrum: Teure Tasse Tee?

Zur aktuellen Berichterstattung der KN um die Übernahme des ehemaligen Geomar-Gebäudes und die Pläne für das Meeresvisualisierungszentrum (MVZ) erklärt Ratsherr Marcel Schmidt, Vorsitzender der SSW-Ratsfraktion Kiel:

"Die laufenden Informationen zum Meeresvisualisierungszentrum zeigen deutlich: Die Kosten sind womöglich noch höher als bislang dargestellt. Der Leerstand des GEOMAR-Gebäudes wird Unterhaltskosten von rund einer halben Million Euro pro Jahr erzeugen – und das, bevor überhaupt feststeht, wann die neue Einrichtung realisiert wird. Dass der Übergabeprozess zwischen Land und Stadt inzwischen ins Stocken geraten ist, verdeutlicht, wie wenig Struktur und Klarheit dieses Projekt aktuell hat. Bei einem Vorhaben dieser Größenordnung braucht es Verlässlichkeit, Transparenz und ein belastbares Finanzierungskonzept. All das fehlt derzeit.

Wir haben mit unserem Antrag 'Planungen für das Meeresvisualisierungszentrum auf Eis legen' (Drs. 1112/2025) gefordert, das Projekt vorerst ruhen zu lassen, um die langfristigen Kosten und Risiken transparent zu prüfen. Dieser Antrag wurde von der grün-roten Kooperation abgelehnt. Stattdessen kündigte sie eigene Vorschläge an, zog diese dann jedoch wieder zurück. Die angekündigten alternativen Finanzierungsmöglichkeiten sind kein Allheilmittel. Sie ändern nichts daran, dass die Stadt die Folgekosten am Ende tragen muss. Es ist höchste Zeit, ehrlich zu benennen, welche finanziellen Lasten mit dem Meereszentrum langfristig verbunden sind und ob dieses Projekt in der jetzigen Form noch tragfähig ist.

Das MVZ droht zu einem Fass ohne Boden zu werden. Wir mahnen dringend an, in sich zu gehen und zu prüfen, ob es wirklich in dieser Dimension umgesetzt werden muss. Irgendwann kommt der Punkt, an dem man über eine Exit-Strategie nachdenken sollte – und dieser Punkt scheint näher zu

rücken. Wichtig ist, dass jetzt alle Fraktionen zusammenarbeiten und dieses Vorhaben nicht länger als politisches Spielkind der Kooperation behandelt wird. Kiel braucht finanzielle Vernunft statt kostspieliger Prestigeprojekte."